



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Klimawandel vor Gericht: Die WHO, der Internationale Gerichtshof und ein cleverer «Plan B»

In den letzten Wochen drehte sich in Den Haag¹ alles um eine Frage von globaler Tragweite: Welche völkerrechtlichen Verpflichtungen haben Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel? Vom 2. bis 13. Dezember 2024 fanden öffentliche Anhörungen² vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) statt, bei denen 98 Staaten und zahlreiche internationale Organisationen ihre Positionen darlegten. Ziel ist ein «Advisory Opinion» – ein rechtsgutachterliches Urteil – zu den Verpflichtungen von Staaten im Kampf gegen den Klimawandel. Obwohl diese Stellungnahme des IGH nicht rechtsverbindlich ist, könnte sie weitreichende Konsequenzen für die internationale Klimapolitik haben.

Doch das eigentliche Narrativ, das sich in Den Haag abspielt, reicht weit über juristische Debatten hinaus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO)³ mischt sich mit einer klaren Agenda ein und erklärt den Klimawandel zur grössten Gesundheitskrise der Menschheit. Warum? Weil die WHO hier strategisch ein neues Kapitel globaler Regulierung aufschlagen will – vielleicht sogar als Alternative, falls der umstrittene Pandemievertrag nicht zustande kommt. Lassen wir die Fakten sprechen.

Worum geht es beim Verfahren?

Die Anhörungen in Den Haag sind Teil eines Bemühens, den Klimaschutz durch völkerrechtliche Verpflichtungen⁴ zu stärken. Auf den ersten Blick geht es um klassische Fragen des Umweltrechts: Wer ist für die Folgen von Emissionen verantwortlich, und welche Pflichten ergeben sich daraus? Doch der Fokus der Diskussion hat sich verschoben. Der Klimawandel wird zunehmend als Querschnittsthema behandelt, das Umwelt, Menschenrechte und Gesundheit miteinander verknüpft.

Warum die WHO in Den Haag ist

Die WHO bringt ihren Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus in Stellung, um das Narrativ der «Klimakrise als Gesundheitskrise» zu festigen. Dabei geht es um mehr als reine Symbolik: Die Organisation will den Klimaschutz direkt in den

Bereich der globalen Gesundheitspolitik integrieren. Mit Statements, die live auf UN WebTV⁵ und anderen Plattformen übertragen werden, will die WHO ihre Rolle als zentraler Akteur in globalen Krisen festigen.

Ihr Ziel? Die Verbindung von Klimawandel und Gesundheit zu institutionalisieren und als Hebel zu nutzen, um politische und finanzielle Ressourcen in ihre Richtung zu lenken. Durch die Rahmung des Klimawandels als Gesundheitsfrage entsteht ein emotional aufgeladenes Argument, das schwer abzulehnen ist. Die WHO setzt darauf, dass Staaten sich dadurch nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich verpflichtet fühlen, drastische Massnahmen zu ergreifen.

Hintergedanken: Der «Plan B» der WHO

Falls der viel diskutierte Pandemievertrag scheitert, braucht die WHO eine Alternative, um ihre globale Einflussnahme abzusichern. Hier könnte der Klimawandel als Gesundheitskrise genau die richtige Grundlage bieten.

Die Parallelen sind offensichtlich:

- 1. Neue globale Krise schaffen** Der Klimawandel kann ähnlich wie eine Pandemie als allgegenwärtige Bedrohung inszeniert werden, die dringendes Handeln erfordert. Regelmässige «Notfälle» wie Extremwetter oder gesundheitliche



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Folgen von Luftverschmutzung bieten die perfekte Grundlage für dauerhafte Krisenkommunikation.

2. Regulierungen durch die Hintertür

Während der Pandemievertrag direkte Verpflichtungen für den Umgang mit Gesundheitskrisen vorsah, könnte die WHO über den Klimawandel ähnliche Mechanismen etablieren. Staaten könnten verpflichtet werden, Klimaschutzmassnahmen zu ergreifen, um Gesundheitsrisiken zu minimieren.

3. Legitimation durch Gerichte

Ein Gutachten des IGH wäre zwar nicht bindend, aber es könnte als moralische und politische Grundlage dienen, um weitere internationale Initiativen voranzutreiben. Die WHO könnte dieses Instrument nutzen, um ihre Agenda auch ohne Pandemievertrag zu verwirklichen.

4. Finanzielle Absicherung

Der Klimawandel als Gesundheitsproblem bietet enorme Möglichkeiten, neue Finanzierungsmittel zu generieren. Staaten, Stiftungen und private Akteure könnten überzeugt werden, Gelder bereitzustellen – mit der WHO als zentralem Verwalter.

5. Langfristige Regulierungsmechanismen

Durch die Verknüpfung von Gesundheit und Klimaschutz schafft die WHO eine Grundlage für dauerhafte Regulierungen, die tief in die nationale Souveränität der Staaten eingreifen können.

Was kommt als nächstes?

Nach den Anhörungen können die Richter des IGH weitere Fragen an die Staaten richten, die bis zum 20. Dezember schriftlich beantwortet werden müssen. Zusätzliche Stellungnahmen sind bis Ende des Monats vorgesehen, doch das eigentliche Gutachten wird erst im kommenden Jahr erwartet. Obwohl es keine rechtlich bindende Wirkung hat, wird es vermutlich die Weichen für die globale Klimapolitik stellen – und der WHO weitere Möglichkeiten eröffnen, ihre Agenda voranzutreiben.

Fazit: Mehr als nur Klimaschutz

Was in Den Haag geschieht, ist mehr als eine juristische Debatte über den Klimawandel. Es ist eine

strategische Inszenierung, bei der die WHO versucht, ihre Machtposition zu stärken und sich neue Handlungsfelder zu erschliessen. Sollte der Pandemievertrag scheitern, steht mit dem Narrativ der «Klimakrise als Gesundheitskrise» bereits ein «Plan B» bereit.

Die Verknüpfung von Gesundheit und Klimaschutz mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, doch sie birgt bedeutsame Risiken. Die Gefahr besteht, dass nationale Souveränität zugunsten globaler Regulierungsmechanismen aufgegeben wird. Es lohnt sich, diese Entwicklung kritisch zu beobachten – denn was hier verhandelt wird, könnte die internationale Politik für Jahrzehnte prägen.

Baar, 14.12.2024, das Redaktionsteam ABF Schweiz

Quellen

- 1) <https://news.un.org/en/story/2024/12/1157671>
- 2) <https://webtv.un.org/en/asset/k16/k16n2oc5fg>
- 3) <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/climate-change-and-health>
- 4) https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/beginn-igh-anhoerung-rechtsgutachten-klimawandel-pflichten-staaten-voelkerrecht?utm_source=chatgpt.com
- 5) <https://webtv.un.org/en/asset/k16/k16n2oc5fg>

Unterstützen Sie uns

Spenden Sie jetzt. Wir danken Ihnen dafür. Ergreifen Sie die Chance, sich heute für die Freiheit der Schweiz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Sie können direkt auf unser Konto einzahlen:

IBAN CH67 0078 7786 2786 2368 0
Konto-Nr. 78.627.862.368.0

Lautend auf Aktionsbündnis freie Schweiz
(ABF Schweiz), 6340 Baar

Betreff/Referenz ABF Schweiz